

Familiennachzug und Anker-Zentren

Eine Große Koalition von Integrationsverweigerern

> Katrin Göring-Eckardt

Deutschland und seine Kommunen stehen vor einer Herkules-Arbeit – der Integration von mehr als einer Million Flüchtlingen. Statt zu helfen hat die Große Koalition die Integrationschancen durch faktische Abschaffung des Familiennachzugs und Kasernierung von Asylsuchenden sogar noch erschwert. Am Ende schafft die Bundesregierung mehr Probleme für die Integration als sie vorgibt zu lösen.

Den Familiennachzug auf ein willkürlich gesetztes und kaum abgrenzbares Kontingent von 1.000 Härtefällen pro Monat zu beschränken, halte ich für völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Die Abstufung des Menschenrechts auf Zusammenhalt der Familie zu einem Gnadenrecht erschwert auch ganz praktisch die Arbeit vor Ort. Menschen, die mehr als zwei Jahre lang dem Versprechen vertraut haben, sie könnten irgendwann ihre Familien nachholen, werden zwangsläufig enttäuscht, frustriert oder schlimmeres. Die für ihre Integration notwendigen Aufwendungen wachsen. Der Verweis auf die geltende Rechtslage ist dabei keine Hilfe.

Für die Betroffenen ist kaum nachvollziehbar, wer subsidiären und wer Schutz als GFK-Flüchtling erhält und weshalb eine dieser Gruppen privilegiert wird. Die Praxis zeigt: Wer in ständiger Angst um seine engsten Angehörigen im Krieg in Syrien oder Irak lebt, hat weniger Kraft aktiv anzukommen; kann sich nur schwer auf Integrationskurs, Schule, Ausbildung oder den neuen Job konzentrieren.

Über die Einrichtung sogenannten Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen für Asylsuchende

(Anker-Zentren) sind bislang nur wenige Details bekannt. Nur, dass hier jeweils 1.000 bis 1.500 Personen leben sollen. Dagegen hat sich in den mutmaßlich betroffenen Kommunen früh Protest geregt. Zu Recht. Die Anforderungen an Organisation des Zusammenlebens von vielen Asylsuchenden auf engem Raum sind immens. Menschen bis zum Abschluss ihrer Verfahren und damit für Monate bis Jahre von jeglichen Integrationsförderungsmaßnahmen und vom Zugang zum Arbeitsmarkt auszuschließen, heißt ihnen Perspektiven zu nehmen.



Foto: Dominik Butzmann

Die Erfahrung lehrt: Die Kasernierung von so vielen Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive und ohne Beschäftigung grenzt sozial aus und frustriert. Die Zunahme von Konflikten ist wie die Ballung potentieller Kriminalitäts-Risiken sehr wahrscheinlich. Die Mehrkosten dieser hoch symbolischen Form der Unterbringung sollen zudem die Länder tragen, was Kürzungen im Finanztransfer zu den Kommunen wahrscheinlich macht.

Die Abschaffung des Familiennachzugs wie die Kasernierung burden den Kommunen hohe Integrationslasten auf.

> Katrin Göring-Eckardt ist Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen.